

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

Ich pflege seit Beginn meiner Zeit Bundestagsabgeordneter eine tiefe Verbundenheit zu Taiwan und seiner Bevölkerung. Am 24. Februar 2022 hat sich mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine einmal meine Überzeugung verdeutlicht, dass wir die Taiwaner unbedingt unterstützen und gegenüber China diesbezüglich klare Signale senden müssen.

Diese Woche hatte ich insofern die besondere Freude, den taiwanesischen Botschafter Prof. Dr. Jhy Wey Shieh in meinen Büroräumen zu empfangen, mit dem ich zusammen seit Jahren für erbene Unterstützung auch im deutschen Parlament werbe.

Aber nicht nur Außenpolitik stand diese Woche auf meiner Agenda. Im Februar des 25. Jahrestags der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen habe ich das Plattdeutsche am Donnerstag im Plenum des Deutschen Bundestages mit einer Rede vertreten. Zudem haben wir das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz diese Woche kritisch im Bundestag behandelt. Gerade das Ministerium unter dem grünen Minister Habeck hat ja seit nunmehr einem Jahr für einiges Kopfschütteln gesorgt. Ich respektiere Robert Habeck nach wie vor persönlich als Menschen und weiß, dass er das Ministerium in einer schwierigen Zeit übernommen hat. Aber auch schwierige Zeiten gehören zum Job als Bundesminister und die Einführungszeiten sind längst vorbei. Unter anderem mit seinem Vorstoß zum übereilten Verbot von Gas- und Ölheizungen ab 2024, der auch seine Koalitionspartner vor den Kopf gestoßen

hat, hat er leider erneut gezeigt, dass er aus den letzten Monaten nichts gelernt hat und statt praktischen Erwägungen vor allem ideologischen nachfolgt – auch wenn sich die Situation seit Regierungsantritt vollständig verändert hat. Auch ging es diese Woche im Bundestag um das Thema Erdgasförderung in Deutschland sowie weitere Themen wie die Mobilitätswende.

Zum Abschluss meines Newsletters möchte ich einen kleinen Einblick in meine vergangene Woche im Wahlkreis geben, bei dem ich das Gymnasium Ritterhude, die Logistikschule der Bundeswehr in Garlstadt sowie die Delegiertenversammlung des Kreisfeuerwehrverbands Osterholz besucht habe.

Mehr zu diesen und weiteren Themen finden Sie wie gewohnt in den verschiedenen Rubriken.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihr/Er



Andreas Mattfeldt

FOTO DER WOCHE



WLFD sendet klares Signal der Solidarität mit Taiwan

Ein klares Signal für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, setzte der Vorstand der Weltliga für Freiheit und Demokratie Deutschlands (WLFD), bei seiner Vorstandssitzung in Berlin. Im persönlichen Gespräch mit Prof. Dr. Shieh, Botschafter der Republik China (Taiwan), wurde die aktuelle weltpolitische Lage, vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine, beraten. Dabei wies der Botschafter darauf hin, dass China die Reaktionen der westlichen Demokratien im Hinblick auf den Krieg in Europa sehr genau beobachtet und eigene Schlüsse zieht. Die Analyse meines Freundes Prof. Dr. Shieh bereitet mir große Sorgen. Der Umgang der Volksrepublik gegenüber Taiwan und ihren anderen Nachbarn in der Region hat durchaus große Auswirkung auf unser Leben in Europa und auf unsere Wirtschaft. Seeblockaden, Austeren der Luftraumgrenzen oder die Lage auf den Spratly-Inseln verdeutlichen immer mehr ein stärker werdendes Säbelraseln. Der Vorstand machte deutlich, dass die Werte Freiheit, Demokratie und Menschenrechte für eine gute Zukunft essenziell sind. „Wir stehen an der Seite Taiwans und wollen weltweit Freiheit und Demokratie fördern.“, so Axel E. Fischer, Präsident der WLFD Deutschlands. verliert sich das BMWK in blinder partipolitischer Ideologie.

Immer mehr Geld soll für Sozialmaßnahmen und Klimaschutz ausgegeben werden. Die wirtschaftliche und industrielle Basis, die Ausgaben in solchen Bereichen finanzieren, wird jedoch links liegen gelassen. Unserem Land droht eine fortschreitende Deindustrialisierung, die nur durch eine Politik gestoppt werden kann, die Klimaschutz und wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit verbindet, nicht ausschließt.



25. Jahrestag der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Fünf Regional- und Minderheitensprachen sind in Deutschland anerkannt: Dänisch, Sorbisch, Friesisch, Romanes und Niederdeutsch. Diese Bewahrung der vielfältigen Sprachkultur in unserem Land verdanken wir die konsequente Umsetzung der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprache, deren 25. Jubiläum in einer Bundestagsdebatte gewürdigt worden ist. Besonders gefreut hat mich, dass ich als Haushalter und Mutter sprachler des „Plattdüütsch“ meinen Beitrag zum feierlichen Anlass leisten durfte. Dabei habe ich deutlich gemacht, dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zwar jedes Jahr über 56 Millionen Euro für die Pflege der anerkannten Minderheitensprachen bewilligt – hier aber durchaus mehr gemacht werden müsste. Denn allein über 7 Millionen Menschen sprechen Niederdeutsch, davon haben nur 2,2 Millionen sehr gute Kenntnisse. Hier ist also Luft nach oben. Aber alles Geld nützt natürlich nichts, wenn die Sprache nicht angewandt wird – im Kreise der Familien, Freunde oder Nachbarn. Diesen Fehler habe ich bei meinen beiden Töchtern auch gemacht. Das mache ich bei meinen Enkelkindern besser. Versprochen!

THEMEN DER WOCHE

Die Performance der Ampel-Ministerien

Auch diese Woche haben wir die Regierungsminister der Ampel kritisch begleitet. So musste Bundesfinanzminister Christian Lindner am Mittwoch zur Haushaltsplanung, den wirtschaftlichen Herausforderungen und der Zerrissenheit der Ampel bei allen wichtigen Themen Rede und Antwort stehen. Für den kurz darauf stattfindenden Haushaltsausschuss hatte ich dann die Staatssekretäre des durchgeführten Bundesministeriums für Wirtschafts- und Klimaschutz einbestellt. Hauptpunkte waren die nach wie vor schlechte Organisation der Härtefallunterstützungen für kleine und mittlere Unternehmen sowie das angedrohte Verbot von Öl- und Gasheizungen. Zudem plant das Bundesministerium per Gesetzesänderungen private Unternehmen – bekannt durch Beraterleistungen – als Prüfbehörden für Anträge im Rahmen der Gas- und Strompreisbremse einzusetzen, da man mittlerweile auch im Ministerium erkannt hat, dass ansonsten Betrug und hohen Rückforderungen Tür und Tor offen ständen. Dass die prüfenden Unternehmen dabei Interessenkonflikte haben könnten, da sie gleichzeitig auch Unternehmen dabei beraten, wie sie möglichst gut an Unterstützungslösungen kommen, wollte man im Ministerium hingegen nicht einsehen. Zu diesen Themen wird voraussichtlich auch in Zukunft noch zu berichten sein.

Erdgas-Fracking in Deutschland

Diese Woche haben wir auf Fraktionsebene über Erdgas-Fracking in Deutschland debattiert. Ich habe hierbei auf die Risiken verwiesen, wenn dies in Siedlungsräumen geschieht und auf die Schäden aufmerksam gemacht, die die Erdgas-Förderung in unserer Region bereits hervorgerufen hat. Auch muss der Effekt auf die Versorgungssicherheit kritisch begutachtet werden, da uns das Erdgas erst in einigen Jahren zur Verfügung steht, uns in der aktuellen Situation aber nicht hilft und zudem mit den Ausstiegspänen bezüglich fossiler Energieträger in Konflikt steht.

Ein Jahr Zeitenwende

In der vergangenen Woche jährte sich der Beginn der russischen Invasion der Ukraine. Das menschliche Leid, das Russland über die Ukraine gebracht hat, ist unermesslich. Der 24. Februar 2022 markiert einen Epochenbruch. Russland hat mit seinem Angriffskrieg die Grundlagen der internationalen Ordnung infrage gestellt. Hierzu zählen die völkerrechtlichen Prinzipien der territorialen Integrität und politischen Souveränität. Vor diesem Hintergrund haben wir die Anknüpfung einer Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik begrüßt und unterstützt. In dieser Sitzungswoche wird es die Gelegenheit geben, Bilanz zu ziehen: Wo steht Deutschland nach einem Jahr Zeitenwende? Die nüchterne Antwort lautet: Sie findet größtenteils nur auf dem Papier statt. Die Zeitenwende ist zur Zeitlupe geworden. Der Bundeskanzler verschleppt, verzögert und verstopft die Anpassung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands an die neuen geopolitischen Realitäten. Damit die Zeitenwende gelingt, müssen den Anknüpfungen des Bundeskanzlers nun endlich entschlossene Taten folgen. Das Geld muss bei der Bundeswehr ankommen. Das Beschaffungswesen muss reformiert werden. Deutschland muss Führung zeigen, anstatt von seinen Verbündeten getrieben zu werden. Das 2-Prozent-Ziel muss die Untergrenze für eine effektive Landes- und Bündnisverteidigung darstellen.

Aktuelle Stunde: Aufklärung der Rolle von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im Rahmen der Vorgänge um die Klimastiftung in Mecklenburg-Vorpommern

Im Januar 2021 gründete die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern unter SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im Eilverfahren die sogenannte „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“. Diese Stiftung ist nicht gemeinnützig. Sie erhielt vom russischen Staatsunternehmen Gazprom 2021 ein Vermögen in Höhe von 20 Mio. Euro. Im Folgenden gab es eine intensive öffentliche Diskussion darüber, ob die Stiftung anlässlich dieser Zuwendung knapp 10 Mio. Euro Sinkingsteuer zahlen müsse oder nicht. Schlussendlich wurde ein entsprechender Bescheid zwar erlassen, gegen diesen setzt sich die Stiftung aber gerichtlich zur Wehr. Daran schlossen sich weitere erstaunliche Vorgänge an, die darin gipfelten, dass die lange Zeit „verloren gegangene“ Schenkungssteuererklärung der Stiftung von einer nicht zuständigen Finanzbeamtin des Finanzamtes Ribnitz-Damgarten in Panik verbrannt worden sein soll. Die dubiosen Geschehnisse rund um die sogenannte „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ müssen jetzt umge-

hend und umfassend aufgeklärt werden. Ministerpräsidentin Schwesig muss ihre eigene Rolle in diesem politischen Sumpf offenlegen. Die entscheidenden Fragen sind: Wer wusste wann was? Warum kam es immer wieder zu „Pannen“ bei der Finanzverwaltung, wenn es um diese Stiftung geht? Welche politische Einflussnahme hat es gegeben? Warum wurde der Parlamentarische Strafgerichtsausschuss in Schwerin nicht zeitnah informiert? Das SPD-Schweigekartell um diese Gazprom-Stiftung muss endlich durchbrochen werden.

Konsequente Reaktion des Rechtsstaats auf den russischen Angriffskrieg ermöglichen – Sondertribunal einrichten

Seit den Nürnberger Tribunalen von 1946 ist sich die Völkerrechtswissenschaft einig: Angriffskrieg ist ein Verbrechen. Ein solches Verbrechen der Aggression wird den russischen Machthabern richterlich zur Last gelegt. Allerdings hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) nur eingeschränkte Kompetenzen, um dieses Verbrechen zu ahnden. Mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche abschließend beraten, fordern wir deshalb die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals als funktionale Erweiterung des IStGH, damit die russischen Verbrechen der Aggression untersucht und strafrechtlich verfolgt werden können. In den vergangenen Monaten ist – auch über den Zuzug ukrainischer Kriegsflüchtlinge hinaus – die Zahl der Asylgesuche in Deutschland stark angestiegen und hat seit Herbst letzten Jahres nochmals deutlich zugenommen. Die Länder und Kommunen geraten durch diese Entwicklung enorm unter Druck, die Kapazitäten zur Aufnahme sind vielerorts erschöpft. Eine weitere Verschärfung der Lage ist angesichts des weiteren Kriegsverlaufs in der Ukraine und der prekärer werdenden Situation von fast vier Millionen Syrern in der Türkei nicht auszuschließen. Mit unserem Antrag Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden, den wir in dieser Woche abschließend im Plenum beraten, fordern wir: Es darf keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland und Europa geben. Die dramatische Migrationslage muss in der Bundesregierung endlich Chefsache werden. Wir dürfen keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland setzen. Wir stehen zu unseren humanitären Verpflichtungen – aber die Aufnahmekapazitäten müssen den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen.

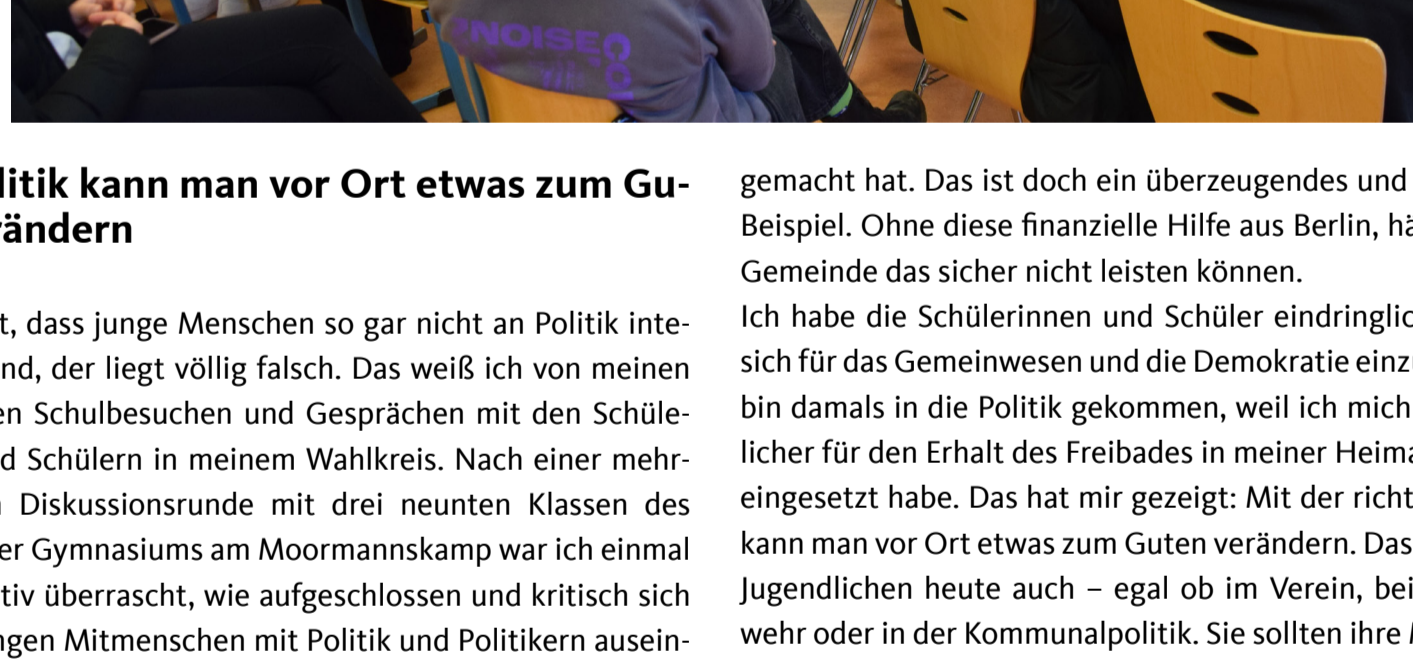
Abgasnorm Euro-7 mit Augenmaß und Realitätsinn weiterentwickeln – Mobilität fördern, nicht verhindern

Mit unserem Antrag richten wir den öffentlichen Blick auf die anstehenden Verhandlungen in Brüssel zur neuen Abgasnorm Euro-7 für Pkw sowie für leichte und schwere Nutzfahrzeuge. Neben der Verschärfung der Grenzwerte für bestimmte Luftschadstoffe (wie z.B. Stickoxid und Kohlenmonoxid) wird der Anwendungsbereich erweitert und die Testbedingungen geändert. Vor dem Hintergrund des bereits beschlossenen Aus' der Verbrennungstechnologie ab 2035 und der kontinuierlichen Verbesserung der Luftqualität in deutschen Städten sind diese massiven Verschärfungen mehr als fragwürdig. Des Weiteren können die notwendigen Entwicklungskosten gerade Kleinwagen verteuern, so dass auch Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher zu befürchten sind. Deshalb fordern wir, die bereits erzielten Erfolge bei der Luftreinhaltung stärker zu berücksichtigen und im Sinne der Nachhaltigkeit stärker für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie einzutreten. Ebenso bedarf es flexiblerer Übergangsfristen für die Hersteller, um die Abgasreinigungssysteme entsprechend weiterzuentwickeln.

Bezahlbare und klimafreundliche Mobilität fördern – Klimaneutrale Kraftstoffe im Verkehr nutzen

Damit die Mobilität für alle Menschen in Deutschland bezahlbar bleibt, Arbeitsplätze erhalten und die Klimaschutzziele im Verkehr erreicht werden, müssen alle von der Bundesregierung – neben der Elektromobilität – als weiteren zur Verfügung stehenden technischen und regulativen Möglichkeiten für alternative Antriebe und Kraftstoffe genutzt werden. Im Hinblick auf den motorisierten Individualverkehr gehören dazu E-Fuels, Wasserstoff, fortschrittliche Biokraftstoffe und nachhaltig zertifizierte Biokraftstoffe aus Anbaubiomasse. Mit unserem Antrag legen wir 14 konkrete Forderungen an die Bundesregierung vor. Insbesondere fordern wir, zu ermöglichen, dass Kraftstoffe wie biogener Diesel E100 (Hydro-treated Vegetable Oil) und E-Diesel auf paraffinischer Basis in Reinform in Deutschland getankt werden können und sich eindeutig zur Technologieoffenheit im gesamten Verkehrsbereich zu bekennen.

WAHLKREIS AKTUELL



Mit Politik kann man vor Ort etwas zum Guten verändern

Wer denkt, dass junge Menschen so gar nicht an Politik interessiert sind, der liegt völlig falsch. Das weiß ich von meinen zahlreichen Schulbesuchen und Gesprächen mit den Schülerinnen und Schülern in meinem Wahlkreis. Nach einer mehrstündigen Diskussionsrunde mit drei neunkunden Klassen des Ritterhuder Gymnasiums am Moormannskamp war ich einmal mehr positiv überrascht, wie aufgeschlossen und kritisch sich unsere jungen Mitmenschen mit Politik und Politikern auseinandersetzen.

Die mehr als 70 Teenager bombardierten mich förmlich mit Fragen zu meiner Person, meinem Werdegang, meiner täglichen Arbeit und zu meiner Einschätzung der politischen Lage in Berlin, in der Ukraine und natürlich auch zum Klima.

Dabei habe ich keine einzige Frage unbeantwortet gelassen. Ich lebe für die Demokratie und möchte möglichst vielen Menschen die Entscheidungswege unseres Parlaments und unserer Parteien vermitteln. Dabei ist es mir wichtig, deutlich zu machen, wie nah die Auswirkungen der Berliner Politik hier vor Ort sein können. Das ist mein täglicher Antrieb: Mit der richtigen Politik kann man vor Ort etwas zum Guten bewegen. Gerade in Ritterhude ist das gut belegbar: Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat auf meine Initiative hin die Grundsanierung des Sportplatzes am Moormannskamp mit einem 90-Prozent-Zuschuss über 1,4 Millionen Euro erst möglich

gemacht hat. Das ist doch ein überzeugendes und praktisches Beispiel. Ohne diese finanzielle Hilfe aus Berlin, hätte sich die Gemeinde das sicher nicht leisten können.

Ich habe die Schülerinnen und Schüler eindringlich ermutigt, sich für das Gemeinwesen und die Demokratie einzusetzen. Ich bin damals in die Politik gekommen, weil ich mich als Jugendlicher für den Erhalt des Freibades in meiner Heimatgemeinde eingesetzt habe. Das hat mir gezeigt: Mit der richtigen Politik kann man vor Ort etwas zum Guten verändern. Das können die Jugendlichen heute auch – egal ob im Verein, bei der Feuerwehr oder in der Kommunalpolitik. Sie sollten ihre Möglichkeiten nutzen, ihre Interessen einbringen und ihre Zukunft aktiv mitgestalten!

Dabei ist es wichtig, für die eigene Überzeugung hart einzutreten: Politik ist Streit! Man muss das Gegenüber von den besseren Argumenten überzeugen. Aber man darf dabei niemals persönlich werden.

Auf eine direkte Frage des Landes, das nötige Fachpersonal, die Räumlichkeiten und vor allem die erforderlichen Mittel vorzuhalten. Nur so schafft das Land die Rahmenbedingungen, dass unsere Feuerwehrfrauen und –männer motiviert ihre herausfordernde Arbeit meistern und den dringend benötigten Nachwuchs an das Feuerschutzwesen heranführen können.

Kommandoübergabe in Garlstadt

Ich bin in letzte Woche zudem bei der Kommandoübergabe in der Logistikschule der Bundeswehr in Garlstadt gewesen. Es war der Abschied vom bisherigen Kommandeur der größten Schuleinrichtung der Bundeswehr, Brigadegeneral Boris Nann. Der verlässt die Bundeswehr, um Vorstandsvorsitzender der Akademie deutscher Genossenschaften in Montabaur zu werden. Damit geht ein sympathischer und kluger Kopf, der zu werden. Damit geht ein sympathischer und kluger Kopf, der zu werden. Damit geht ein sympathischer und kluger Kopf, der zu werden. Damit geht ein sympathischer und kluger Kopf, der zu werden.

Neuer Mann an der Spitze der Logistikschule ist damit Brigadegeneral Holger Draber, der schon bei seiner Verwendung im Logistikzentrum in Wilhelmshaven viel norddeutsche Luft

geschnuppert hat. Draber war Referent für internationale Rüstungskoperation im Führungsstab des Heeres und wird mit seinem Fachwissen sicherlich auch die vielfältigen Entwicklungsprojekte für die Truppe, die an der Schule in Garlstadt erarbeitet werden, zum Erfolg führen können, der Feuerwehr oder in der Kommunalpolitik. Sie sollten ihre Möglichkeiten nutzen, ihre Interessen einbringen und ihre Zukunft aktiv mitgestalten!

Dabei ist es wichtig, für die eigene Überzeugung hart einzutreten: Politik ist Streit! Man muss das Gegenüber von den besseren Argumenten überzeugen. Aber man darf dabei niemals persönlich werden.

Auf eine direkte Frage des Landes, das nötige Fachpersonal, die Räumlichkeiten und vor allem die erforderlichen Mittel vorzuhalten. Nur so schafft das Land die Rahmenbedingungen, dass unsere Feuerwehrfrauen und –männer motiviert ihre herausfordernde Arbeit meistern und den dringend benötigten Nachwuchs an das Feuerschutzwesen heranführen können.



Endlich ausreichend Lehrgänge für die Feuerwehren anbieten

Ich habe mich ebenfalls sehr darüber gefreut, bei der Delegiertenversammlung des Kreisfeuerwehrverbandes Osterholz in Oldendorf dabei sein zu können. Es ist für mich ausgesprochen wichtig, besonders genau zuzuhören, wenn unsere ehrenamtlichen Brandschützer und Einsatzkräfte von ihrer Arbeit, aber auch von ihren Sorgen und Schwierigkeiten berichten. Um das hier ganz klar zu sagen: Jedwede Übergriffe auf Einsatzkräfte müssen geächtet und klar bestraft werden!

Wir sind sehr davon angetan, dass 51 von 52 Ortsfeuerwehren aus dem Landkreis Osterholz bei dieser Versammlung vertreten waren. Das zeigt, wie intensiv unsere Feuerwehrliebe ihre ehrenamtliche Arbeit leben und wie engagierte sie im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger die Geschicke der Feuerwehren in die Hand nehmen.

Als kleinen Dank für diese tolle Arbeit habe ich eine Abordnung des Kreisfeuerwehrverbandes zu einem Bundestagsbesuch nach Berlin eingeladen. Auf diesen Besuch und viele Gespräche freue ich mich sehr. Gleichzeitig habe ich natürlich immer

ein Auge darauf, wenn es um die Verteilung der Katastrophenschutz-Fahrzeuge an unsere Feuerwehren geht.

Es ist in meinen Augen allerdings sehr schade, dass es die Landesregierung in Hannover komplett versäumt hat, dafür Sorge zu tragen, endlich ausreichend Lehrgänge, insbesondere für unsere Truppführer anzubieten. Die sind nötig, um bei der Ausbildung das nachzulegen, was unter Corona nicht möglich war. Ich halte es das inzwischen Zusammenhäng für keine gute Idee, solche zusätzliche Lehrgänge den Landkreisen und Städten aufzudrücken und damit sehenden Auges Qualitätsverluste in der Ausbildung hinzunehmen.

Insbesondere im Landkreis Osterholz wäre eine Übernahme der Schulungen schon deshalb nahezu unmöglich, dafür tiefgreifende Umbau der Feuerwehrtechnischen Zentrale in Pennigbüttel dazu keine Möglichkeit lässt.

Es ist allein Aufgabe des Landes, das nötige Fachpersonal, die Räumlichkeiten und vor allem die erforderlichen Mittel vorzuhalten. Nur so schafft das Land die Rahmenbedingungen, dass unsere Feuerwehrfrauen und –männer motiviert ihre herausfordernde Arbeit meistern und den dringend benötigten Nachwuchs an das Feuerschutzwesen heranführen können.